



Ansprechpartner/in Daniel Wagner
Telefon 0251 91797 467
Telefax 0251 91797-470
E-Mail Daniel.Wagner@wald-undholz.nrw.de
Datum 15.12.2021
Aktenzeichen (bei Rückfragen bitte angeben!)
300-11-02.002 2021_052

Öffentliche Bekanntgabe

**des Ergebnisses der *standortbezogenen* Vorprüfung mit der Feststellung,
dass nach den §§ 6 bis 14 für das Vorhaben eine
Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) nicht besteht.**

Die Feststellung trifft das *Regionalforstamt Münsterland* auf Antrag zur Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart nach §§ 39 und 40 Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LFoG NRW):

Antrag auf Waldumwandlung

in der Gemeinde: Münster
Kreis:
Gemarkung: Münster

Flur/e: 257
Flurstück/e: 2 (tlw.), 3 (tlw.), (4 tlw.)
mit einer Größe von: 2,0822 ha

zur Änderung der Nutzungsart in: Erweiterung der Hauptkläranlage Münster, inkl. 4 Reinigungsstufe

Kompensationsfläche/n

in der Gemeinde: Münster
Kreis:
Gemarkung: Handorf, Münster, Amelsbüren, Amelsbüren, Sankt Mauritz

Flur/e: in der oben genannten Reihenfolge der Gemarkung:
5, 249, 14, 14, 16
Flurstück/e: in der oben genannten Reihenfolge der Gemarkung:
41, 3, 745, 747, 109
mit einer Gesamtgröße von: 3,1234 ha

Dieses Vorhaben fällt unter die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Anlage 1 unter Nr. 17.1 bzw. 17.2 als „Erstaufforstung“ bzw. „Rodung von Wald zum Zwecke der Umwandlung in eine andere Nutzungsart“ bezeichneten Vorhaben.

Gemäß § 7 UVPG, ist in einer standortbezogenen bzw. allgemeinen Vorprüfung zu prüfen, ob die Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß §§ 6 bis 14 UVPG unterzogen werden müssen.

Nach Prüfung der Antragsunterlagen zu diesem Vorhaben einschließlich der geeigneten Angaben des Vorhabenträgers gem. § 7 Abs. 4 UVPG wurde entschieden, dass für das o. g. Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen aufgrund der Merkmale des Vorhabens, des Standortes des Vorhabens und der Art und Merkmale möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter nicht zu erwarten sind.

Die Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben.

Die wesentlichen Gründe nach § 5 Abs. 2 UVPG für das Nicht-Bestehen der UVP-Pflicht unter Hinweis auf die jeweils einschlägigen Kriterien nach Anlage 3 sind der nachstehenden Gesamteinschätzung zur standortbezogenen Vorprüfung zu entnehmen:

Durch die Waldumwandlung sind keine Schutzkriterien betroffen. Die Waldinanspruchnahme wurde auf das notwendigste Maß beschränkt. Die negativen Auswirkungen der Umwandlungen werden durch Ersatzaufforstungen kompensiert. Im Rahmen des Gesamtprojektes wurde eine faunistische Kartierung durchgeführt und ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erstellt.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist die Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
gez.

Daniel Wagner